

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 51307
Zentr.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Danz-Rente: Stadtkauf Dresden, Straßße Blasewitz Nr. 656
Postfach-Rente: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drach für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Er scheint täglich mit den Zeitungen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Nur ein Viertel, Sächsische Nachrichten, Amtl. u. neuer Zeit, Medien-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatlich M. 2.10, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich M. 2.20. Für Fälle d. h. h. Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Nachzahl. d. Legegeld. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Friedrichstadt. Bei unvert. eingelangt. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeben werden, kann wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
93. Jahrgang

Nr. 97

Montag, den 27. April

1931

Das Kabinett steckt tief in der Arbeit

Das Reichskabinett trat am Sonnabendvormittag zusammen, um aktuelle Fragen der Wirtschaft, unter besonderer Berücksichtigung der Zollpolitik zu besprechen. Reichsernährungsminister Schiele unterbreitete seinen Kabinettskollegen das neue Zollprogramm, über dessen Einzelheiten wiederholt berichtet worden ist. Weiter sprach der stellvertretende Reichswirtschaftsminister Staatssekretär Dr. Trendelenburg über Fragen der Preisbewegung und Preispolitik. Es hat sich dabei herausgestellt (wie auch nicht anders zu erwarten war),

daß es noch mancher Beratungen innerhalb des Kabinetts bedürfen wird, ehe ein gerechter und für die Allgemeinheit tragbarer Ausgleich zwischen den Ansprüchen der Landwirtschaft und den Notwendigkeiten der Industrie gefunden ist.

Besondere Berücksichtigung fanden im Rahmen der Besprechungen auch die Handelsvertragsverhandlungen mit Ungarn und Rumänien. Die zuständigen Minister werden die einzelnen, zur Entscheidung drängenden Fragen zunächst weiter bearbeiten, daß sie etwa Mitte dieser Woche dem Kabinett erneut unterbreitet werden können. Es wird erwartet, daß etwa am 29. April der Reichskanzler die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion empfangen wird, die nicht nur Erklärungen ihrer Partei zur Zoll- und Preispolitik der Reichsregierung, sondern auch solche zu den Fragen der Sozialpolitik abzugeben haben. Zweifellos werden in der kommenden Zeit auch die finanzpolitischen Probleme wieder stärker in den Vordergrund treten, weil sich

die konjunkturpolitische Entwicklung des neuen Jahres bereits mit Abschluß des ersten Monats auf einer deutlich absteigenden Linie

bewegt. Nur Anfang Mai ist mit dem Zusammentritt des Reichstags zu rechnen, der über den kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstags zu befinden haben wird. Für die Annahme des Antrags sind so gut wie keine Aussichten vorhanden.

12 Notverordnungen stehen zu erwarten

Wie die „Landvolk-Nachrichten“ erfahren, ist man im Reichsarbeitsministerium mit der Ausarbeitung einer Reihe von Notverordnungen beschäftigt, die baldmöglichst vom Kabinett verabschiedet werden sollen. Die Lage fast aller sozialen Versicherungsanstalten, vor allem aber der Reichsrentenkasse, der Invalidenversicherung und der Arbeitslosenversicherung, machen nach Auffassung des Ministeriums schleunigste einschneidende Maßnahmen erforderlich. Besonders die Reichsrentenkasse und die Invalidenversicherung müßten, wenn man sie als private Unternehmungen betrachten wollte, praktisch schon für bankrott erklärt werden.

Wahrscheinlich werden zur Sanierung der sozialen Versicherungsanstalten mindestens 12 Notverordnungen erlassen werden.

Ausgleichend wirken zwischen Kapital und Masse

— das ist die Aufgabe der Wirtschaftspartei

Aus Anlaß des Parteitag der Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) in Hannover fand am Sonntagmittag eine öffentliche Kundgebung statt. Der Parteivorstand der Wirtschaftspartei betonte in seiner Begrüßungsansprache die Notwendigkeit, daß auch die mittelmäßige Bewegung sich international verständige, um in der wirtschaftlichen Entwicklung eine Annäherung zu erzielen.

An den Reichspräsidenten wurde ein Gebührendstelegramm abgefaßt.

Der Vertreter der bulgarischen Handwerks- und Gewerbetreibenden Dr. Kunzsch führte aus, seine Partei hoffe, daß eine internationale Zusammenarbeit des Mittelstandes bald Wirklichkeit werde. Landesrat Schmolz-Saarbrücken betonte, daß das Saargebiet trenn zu Deutschland halte und in der Stunde der Abstimmung mit dem deutschen Stimmzettel in der Hand die Antwort geben werde.

Die Reihe der zahlreichen Vorträge wurde eingeleitet durch den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion Abg. Molath, der über die nation-

alen Aufgaben des Mittelstandes und die Stellung der Partei zur Außenpolitik sprach. Er erklärte u. a.

der Mittelstand müsse Mittel und Ausgleich der im Volke vorhandenen und sich stetig verschärfenden Spannungen und Gegensätze sein, besonders zwischen Kapital und Masse.

Der Redner erläuterte sodann die außenpolitischen Forderungen der Wirtschaftspartei.

Der Führer der preussischen Landtagsfraktion Abg. Labendorff sprach über „Privateigentum in Wirtschaft und Staat“. Reichsjustizminister a. D. Abg. Prof. Dr. Brodt behandelte das Thema „Reichsreform und Verwaltungsreform“. Er führte u. a. aus:

Solange man den Wohlfahrtsstaat weiter kultiviere, sei eine Reichs- und Verwaltungsreform nicht möglich.

Die Bismarcksche Reichsverfassung sei abgelehnt gewesen auf den Gedanken der Vorherrschaft Preußens. Das sei wohl in der Monarchie möglich gewesen, heute aber könne man den

preussischen Landtagswähler nicht über die Wähler in anderen deutschen Staaten stellen. Die großpreussische Lösung, die kleinen Staaten mehr und mehr in Preußen aufgehen zu lassen, erscheine ganz unmöglich.

Es sei überhaupt noch nicht der Zeitpunkt gekommen, die Reichsreform in Angriff zu nehmen, da die süddeutschen Staaten nicht geneigt seien, grundsätzlich darauf einzugehen.

Eine wirkliche Reichsreform könne nur erfolgen in einem Augenblick großen nationalen Aufschwungs.

Der Parteivorstand der Wirtschaftspartei in seinem Schlusswort fest, daß die Wirtschaftspartei in den letzten zwei Jahren so gewachsen sei, daß die Organisation der Partei damit nicht habe Schritt halten können. Es werde die Aufgabe dieses Parteitages sein, eine Organisation zu schaffen, die allen Ansprüchen gerecht werde.

Eine unerfreuliche Bilanz

Die Reichssteuerübernehmungen an den sächsischen Staat sind im März außerordentlich stark zurückgegangen. Sie betragen nur 4,77 gegen 7,00 Millionen Reichsmark im Jahre 1930. Die eigenen Landessteuern hielten sich besser. Sie brachten 8,8 gegen 8,4 Millionen im Jahre 1930. Die Anteile der Gemeinden und Bezirksverbände an den Reichssteuern betragen 4,84 Millionen gegen 7,87 Millionen Reichsmark im Jahre 1930.

Die Schulden des freistaatlichen Sachsen haben sich im März von 277,10 auf 290,78 Millionen Reichsmark erhöht.

Die 6 Millionen nicht ganz erreicht

Das Bundesamt des Reichshelms teilt mit: Die bisherigen Zahlungen zum Volksbegehren „Landtagsauflösung“ ergeben einwandfrei die Zahl von reichlich 5,88 Millionen Eintragungen. Einzelne Meldungen stehen noch aus. Das bedeutet mehr als eine halbe Million Ueberschuß.

Es war nur ein Anfang!

Der Bundesvorstand des Stahlhelms hat am Sonntag eine Entscheidung gefaßt, in der es heißt: „Das Stahlhelmvolksbegehren, der erste Vorstoß gegen das derzeitige System mit dessen eigenen Mitteln, ist in enger Zusammenarbeit mit unseren Bundesgenossen erfolgreich durchgeführt. Der Stahlhelm sagt allen seinen Dank, die dabei an ihrer Stelle ihre waterländische Pflicht erkannten und taten. Das Volksbegehren war nur der erste Vorstoß. Die Entscheidung, die der Stahlhelm in gewissem Maße in der Hand hat, wird noch größere Kräfte, lebhaftere Werbung, härteren Einsatz verlangen. Wir wissen, daß jeder Tag dieses marxistischen Systems, das die allgemeine Not hauptsächlich verursacht hat, sie noch steigert. Viele, die nicht auf uns hörten, wird der unerbittliche Gang der Entwicklung belehren.“

Abgelehnter Volksentscheid in Tübingen

Am 2. Dezember 1930 wurde im Württembergischen Landtag von den Nationalsozialisten und den Volkstumpen der Antrag auf Auflösung des am 6. Januar 1929 gewählten Landtages eingebracht. Der Landtag lehnte es ab, sich selbst aufzulösen. Infolgedessen kandidierten die antragstellenden Parteien ein Volksbegehren an, das auch die übrigen nationalen Oppositionsparteien befürworteten, mit Ausnahme der DDP und des Evangelischen Volksdienstes, die ihren Wählern die Eintragung in die Listen freistellten. Im Volksbegehren wur-



Dem Gedächtnis der Titanic-Opfer

Unser Bild zeigt die Kranzniederlegung durch Weibliche auf dem Turm der Kirche der amerikanischen Seemannshilfe in New York am Gedenktage der grausigen Katastrophe des Passagierdampfers „Titanic“, der 1912 auf einem Eisberg lief und mit Hunderten von Passagieren umging.